

Beilage zur INFO 54 der BVBB-Ortsgruppe Blankenfelde-Mahlow/Diedersdorf

Über Schulzes 5. Kolonne - so sollen die Betroffenen hinters Licht geführt werden

Im Februar 2008 brachte der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion, Landtagsabgeordneter und Kandidat für die Wahlen am 27. Sept. 2009, Schulze (SPD), neben anderen einen Antrag (zum Gesundheitsschutz der vom BBI betroffenen Bürger) im Kreistag ein, der von Giesecke wohl ignoriert wurde. Nun werden seit vielen Wochen die Blankenfelder und Mahlower durch eine angebliche BI (Bürgerinitiative) aufgefordert, Petitionen zu unterschreiben, um gegenüber dem Landrat Giesecke (SPD) diesen Antrag durchzusetzen. Ein politisches Armutszeugnis, wenn Schulze die Hilfe von Bürgern braucht, um Giesecke per Petition zu veranlassen, endlich den Forderungen seines Antrags Folge zu leisten.

Hinter dieser Aktion „Bürger gegen Giesecke und für Schulze“ wollte er sich dann verstecken. Wie es dann der „Zufall“ wollte, „entdeckte“ Schulze eine MiniBI die vorgab, diesen bisher wirkungslosen Antrag von Schulze durch eine Petitionsaktion Leben einzuhauchen. Zwölf brave Bürger, nur Naive können glauben, dass sie nicht von Schulze eingespannt wurden, legten nun so richtig los. Angeblich produzierten sie Broschüren, die als Postwurfsendungen in alle Haushalte gingen (mit Nachdruck von 2500 Exemplaren), dazu kamen 10 000 Flugblätter, unzählige Tonnen als Gefäße zur Aufnahme der Petitionen und massenweise Plakate an Bäumen und Laternenpfählen, die zur Unterschrift der Petition aufforderten. Wer das alles finanzierte und wer in Wahrheit hinter der Aktion stand, wurde verschleiert. Harmlos, ja einfältig, haben sich aber die Erstunterzeichner (BI), namentlich angeführt von der Frau G. Claus, für die „freundliche Unterstützung“ brav beim Verein „Bürgerhilfe e.V.“ bedankt. Mit diesem, rechtzeitig zum Landtagswahlkampf gegründeten Mini-Verein, hoffte Schulze die Bürger davon zu überzeugen, wie heldenhaft er gegen die Folgen, des BBI kämpft, sich in ihrer Not und Sorge als Hilfe andiente. Dies, nachdem er außer großen Worten und Ankündigungen für die Betroffenen nichts erreicht hat. Er verschweigt, dass „Der Brandenburger“, alias M. Platzeck, unmissverständlich, im Verein mit SPD Wowereit erklärte: Es gibt nichts freiwillig für die BBI-Betroffenen. Sie bekommen nur, wozu wir gesetzlich oder durch den von uns initiierten Planfeststellungsbeschluss gezwungen sind. Vor diesem Diktum seines Parteiführers will Schulze nun den Betroffenen weiß machen, dass er den Betroffenen helfen kann. Ist der Mann naiv oder hält er die Bürger für so naiv, dass sie ihm seine Geschichtchen abkaufen?

Zu Recht hat der BVBB davor gewarnt, sich von der Petitionsaktion nicht hinters Licht führen zu lassen. Wir haben richtig gelegen mit der Vermutung, dass brave Bürger für eine Wahlkampfaktion missbraucht werden sollen und die dafür herhalten sollen, bei anderen braven Bürgern den Eindruck zu erwecken, dass sie mit Unterschriften auf Vordrucken, abgegeben bei der Gemeinde oder eingeworfen in Tonnen, dem Schulze-Antrag Flügel verleihen können.

Die Fakten: Schulze MdL (SPD)

- hat die Plakatierung bei der Gemeinde beantragt
- hat den Druck von Broschüren und Flugblättern in Auftrag gegeben
- hat offensichtlich vor dem 26. Juni den Postversand der Broschüren an alle Haushalte in Auftrag gegeben
- hat die BI aufgefordert für eine Verbreitung der „parteilich neutralen Broschüre zu sorgen. „Insofern ist es kein Problem, wenn sich jetzt alle in die Sache einklinken. Es gibt überhaupt keinen Grund zur Zurückhaltung. Es gibt nur ein Ziel, so viele Unterschriften wie möglich“. So schwadroniert Schulze in Rundmails 13. Juli 2009, 9:22) an seine „Mitreiter“ unter Anführung von Frau Claus.
- Jetzt fehlt nur noch, dass Frau Claus und ihre „Mitreiter“ erklären sie hätten die ganze Aktion aus der eigenen Tasche, mit Tausenden EURO, finanziert um gute Werke für die Bürger zu tun.
 - Noch immer gilt der Grundsatz: Wer die Musik bestellt der zahlt auch. Will Schulze etwa bestreiten er habe nicht bestellt? Dann raus mit der Sprache Herr Landtagskandidat. Der Wähler hat nämlich Recht und hohes Interesse daran wer 5. Kolonnen finanziert um den Wähler zu täuschen.

Unseriös ist die Petitionsaktion allemal. Jetzt fehlt nur noch der Kniefall des SPD-Genossen Landrat Giesecke, der vor dem Wahltermin verkündet: Der Kreistagsantrag von Schulze wird jetzt umgesetzt - ich bin tief beeindruckt von den vielen Unterschriften, die bei mir eingegangen sind. Nur, die einfältigen Wähler dürfen nicht glauben, dass die Petitionsaktion keine nutzlose Wahlkampfaktion des Parteigenossen Schulzes war.

Wahlwerbung als Instrument der Volksverdummung?

Wer durch die Gemeinde geht oder fährt kann sich einer Wahlplakatierung von Kandidaten der Parteien nicht entziehen. Mancherorts gibt es keinen Baum, keinen Laternenpfahl mehr, von dem nicht zwei oder drei gestylte Köpfe den Eindruck der Wählbarkeit erwecken sollen. undefinierbar lächelt dem Betrachter dabei auch „Der Brandenburger“ (SPD) entgegen. Es ist der Mann, der die Hauptverantwortung dafür trägt, dass die Gemeinde

**SO MIT UNS
NICHT**

spätestens nach 2011 so von Fluglärm belastet ist wie keine andere Gemeinde in Deutschland. Es ist der Mann, der sich seit Jahren und bis heute feige davor gedrückt hat, den Bürgern Auge in Auge zu erklären, warum er das angerichtet hat. Jetzt kommt er und die Kandidaten der Parteien daher und buhlen um die Stimmen, damit sie nach dem 26. September weiter machen können um der Lebensqualität, dem Eigentum und der Gesundheit der Bürger den Rest zu geben.

Wer wie die Parteien und ihre Kandidaten so auf Stimmenfang geht, muss den Wähler für dumm oder für einen Tiefgläubigen halten. Wer bereit ist alles zu opfern, damit seine Partei an den Fleischtöpfen der Macht bleibt oder auch an die Fleischtöpfe kommt, verspricht viel ob er sich nach der Wahl noch daran erinnert? Am Wahltag gibt es für uns Bürger die einmalige Chance, auf die primitiven Angriffe auf die Intelligenz der Bürger und seine Mündigkeit zu reagieren: durch Proteststimmen für Listen der Bürgerinitiativen. Vielleicht bringt ein solches Wählerverhalten die Parteien dazu, in Zukunft darüber nachzudenken, ob sie nicht verpflichtet sind, Politik für die Bürger und nicht für parteipolitische Interessen zu machen. Besser als gar nicht zu wählen ist der Ausweg, einen Wahlzettel ungültig zu machen, weil damit Steuergelder gespart werden.

Für die Landtagswahl gibt es eine Alternative!

Die „BVBB-Wählergruppe Mitglieder & Sympathisanten“ (BVBB-WG) unterstützt für die Landtagswahl im **Wahlkreis 25** (Baruth/Mark, Zossen, Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf) die Kandidatur des **parteilosen Einzelkandidaten Andreas Noack**, der von der Bürgerinitiative Plan B / Zossen getragen wird.

„Wir haben uns in vielen Gesprächen mit Andreas Noack davon überzeugt, dass er ohne Abstriche hinter den Forderungen des BVBB zu Gunsten unserer vom Fluglärm ausgehenden Betroffenheit steht. Er verdient eine Chance, denn der bisherige Landtagsabgeordnete, der 19 Jahre dieses Mandat innehat(te), hat außer Populismus und Aktionismus nichts mehr zu bieten“, erklärte der Fraktionsvorsitzende der BVBB-WG in der Gemeindevertretung, Matthias Stefke.

- ANZEIGE -

**Montag, den 21. September 2009, um 19.00 Uhr,
im Gasthaus "Zur Eiche", Dorfstr. 25, 15827 Blankenfelde
(gegenüber der ev. Dorfkirche)**

haben Sie die Gelegenheit,

Andreas Noack

Kandidat für den Landtag im Wahlkreis 25

kennenzulernen und mit ihm

Michaela Schreiber

Bürgermeisterin der Stadt Zossen

und

Matthias Stefke

**Vorsitzender der Fraktion BVBB-WG in der Gemeindevertretung
Blankenfelde-Mahlow**

und über den überfälligen Politikwechsel zu diskutieren. Sie sind herzlich willkommen!

Schulze leugnet und vertuscht die Wahrheit über den Glasowbachskandal

„Der Glasowbach braucht endlich eine Lobby“ ließ der SPD-Kandidat über die MAZ - Zossen (12./13. Sept. 09) verbreiten. Darum muss jetzt eine Bürgerinitiative her, die er gründen will.

Da verschweigt und vertuscht Schulze, dass es diese „Lobby“ schon seit Anfang 2008 gibt. Es ist die „Arbeitsgruppe Naturschutz“ des BVBB!

- Es war Bürgermeister Baier (SPD), der im August 2008 durch seine Hinweise auf Überschwemmungen zweier Grundstücke in Glasow von Wasserbehörde und Landratsamt Maßnahmen forderte, um den Glasowbach in den Stand zu versetzen die Wassermengen aufzunehmen, die der Flughafen ableitet um zukünftige Überschwemmungen zu verhindern.
- Mit windigen Rechtskonstruktionen, im Eilverfahren, ohne ausreichende Prüfung, genehmigte Landrat Giesecke (SPD) dann Baggerarbeiten auf 1900 m Länge und über 5 m Breite durch den verlandeten ehemaligen Blankenfelder See.
- Die „Arbeitsgruppe Naturschutz“ des BVBB deckte diese Zerstörung des FFH-Bereiches „Blankenfelder See“

**SO MIT UNS
NICHT**

- auf, informierte die Öffentlichkeit und beauftragte seine Anwaltskanzlei, nach Anzeige bei der KRIPPO, den Tatbestand dieses unglaublichen Naturfrevels auch per Akteneinsicht aufzuklären. Der Vorgang ist bis heute nicht abgeschlossen.
- Es war die BVBB-WG, die durch Sachstandsberichte und Anfragen in der Gemeindevertretung und im Flughafenausschuss diesen brutalen Naturfrevel der Zerstörung eines FFH-Gebietes aufgegriffen und gegeißelt hat.
- Die „Arbeitsgruppe Naturschutz“ hat den ungeheuerlichen Eingriff per Foto dokumentiert und diese Dokumente schon vor 8 Monaten auf der BVBB-Internet-Seite veröffentlicht (www.bvbb-ev.de).

Es ist Irreführung, ja sogar politische Hochstapelei, wenn Schulze dies verschweigt und so tut, als gäbe es nicht noch laufende Auseinandersetzungen und Prüfungen, von denen der SPD Landrat betroffen ist. Offensichtlich hat der Kandidat erst 14 Tage vor dem Landtagswahltermin gemerkt, was sein Landrat am Glasowbach angerichtet hat. Dass es sein Parteigenosse Giesecke war, der die Verantwortung für die Zerstörung des FFH-Gebiets Glasowbach trägt, um den Interessen des BBI zu dienen, verschweigt Schulze. **Bisher hat sich nur der BVBB und die BVBB-WG massiv für den Erhalt und die Restrukturierung des Glasowbachverlaufs aktiv und mit Beiträgen seiner Mitglieder eingesetzt, aber das dürfen die Bürger nicht wissen.** Statt dessen sollen sie nun für eine neue Wahlkampfdiege des Kandidaten herhalten, Mitglied in einem Verein werden, der nur kontrolliert von der SPD, Lobby für den Glasowbach sein soll. Erbärmlich können wir da nur sagen, wie tief muss man sinken, um sich solcher Methoden zu bedienen?

Das Maß ist voll - hier können Sie nachlesen, warum der BVBB auf Phrasologie und politische Luftblasen von Schulze MdL nicht mehr hereinfällt.

Für den vorherigen Landtagswahlkampf hat der BVBB empfohlen, Christoph Schulze zu wählen. Namentlich der ehemalige Vorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende, Ferdi Breidbach, hat auch in Kleinanzeigen die Wahl von Schulze empfohlen.

Mit seinem Einsatz für Schulze hat Ferdi Breidbach und der BVBB die Hoffnung verbunden, dass Schulze mannhaft und wirkungsvoll die Interessen der BBI-Betroffenen gegenüber seinem Parteigenossen und in der SPD Landtagsfraktion vertreten und durchsetzen würde. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Selbst mit der Funktion eines Fraktionsgeschäftsführers der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied im Innenausschuss ist er gescheitert. Er hat schlicht nichts erreicht, dafür aber mit Scheinaktivitäten und Aktionismus immer den Eindruck heldenhaften Kampfes für die Betroffenen erweckt.

Dieses Spiel der Täuschung konnte der BVBB nicht mehr ertragen.

Lesen Sie Auszüge aus einem Brief von Ferdi Breidbach an Schulze vom Juni 2008. In Kenntnis dieser Hintergründe werden die Leser verstehen, mit welchen Unterlassungen und Methoden der BVBB Gründe hatte, Schulze nicht mehr zu vertrauen.

„Lieber Christoph,

es gibt Briefe, die man nicht gerne schreibt. Dieser gehört auch im Sinne einer Dokumentation dazu.

Im Stimmungsbild vieler BVBB-Mitglieder haben Deine angekündigten und tatsächlichen Aktivitäten der letzten Jahre nichts gebracht. Die Landesregierung macht was sie will und die Abgeordneten nicken ab bzw. negieren. Dieses ignorante Verhalten und Versuche die Betroffenen mit Scheinaktivitäten ruhig zu stellen, so zu tun, als würden die Parteien, auch auf Gemeindeebene, die Interessen der Betroffenen tatsächlich vertreten, sind gescheitert. Auf Symbolpolitik, Ankündigungen, Verharmlosungen und Vertuschungen fallen die Betroffenen nicht mehr herein.

Unabhängig vom demolierten Ansehen der Parteien seid ihr durch den BBI völlig unglaubwürdig geworden. Selbst Hinweise, auch auf differenzierte Betrachtung Deiner Arbeit, werden nicht mehr akzeptiert. Der Wunsch, nun selbst politisch anzutreten, eine glaubwürdige Alternative anzubieten, wird Realität. Dies gilt zunächst für die Kommunalwahlen und die Kreistagswahlen.

In diesem Zusammenhang wurde mir berichtet, dass Du beabsichtigst für den Kreistag in B/M zu kandidieren. Mein Rat: Tu es nicht. So wie ich die Stimmung beurteile wirst Du eine Menge Lack verlieren. Du wirst dann auch Opfer Deiner Ortspartei B/M. Dazu schriftlich nicht mehr.

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Ignoranz die Anhörung zum ergänzenden Planfeststellungsbeschluss gemieden wurde. Hier hätten alle politischen Ignoranten, insbesondere im Landtag, den Untergang der Frechheiten der Forderungen der FBS, besser der Eigentümer erleben können. Sieh Dir mal die Schlussplädoyers von Astrid Bothe und meines auf www.BVBB-ev.de unter Link „Aktuelles“ an. Jedes Wort stimmt! Wenn Du es nicht glaubst, lass Dir von Baier das Schlussplädoyer von Dr. Hoffmann geben.

Wer nach dieser Anhörung und ihrem Ergebnis Nachtflüge genehmigen will, ist im Hinblick auf Rechtswidrigkeiten ein Wiederholungstäter. Wir werden aber erleben, mit welchen Lügen und Falschbehauptungen die Planfeststellungsbehörde sich dem politischen Willen Deines Ministerpräsidenten und seiner Hintermänner beugt.

Zur ILA: Du hast veröffentlicht, dass sich die Lärmbetroffenen an den Fluglärmbeauftragten der Landesregierung wenden sollen. Mit dieser Aufforderung hast Du Dich nicht nur bei mir lächerlich gemacht. Die Betroffenen kennen doch die Nutzlosigkeit von Fluglärmbeschwerden. Lass Dir mal Antworten von Wunder zeigen, falls er welche gegeben hat.

**SO MIT UNS
NICHT**

Christoph, auch Wunder ist, wie alle Brandenburger Ministerien und Behörden, Bestandteil der Filzokratie der Schützer des Fluglärms vor den Betroffenen. Selbstverständlich gehören zu dieser Filzokratie auch die Mitglieder des Landtages und die Parteien. Da kann es aufgrund des Verhaltens keinen Irrtum geben..

Die für die ILA ausgestellte Genehmigung mit der Zulassung von Kampffliegermanövern in 150 m über Boden, über besiedelte Gebiete, war so frech wie rücksichtslos und rechtswidrig. Die Genehmigung war eine Aufforderung zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Jeder halbkundige Laie wusste dies. Nur, politisch Verantwortliche im Land und den Gemeinden haben geduldet und geschwiegen.

Die Genehmigungsbehörde hat, wissend, dass es hier eine Klage geben würde, die rechtswidrige Genehmigung erteilt. Unser profiliertes Mitglied Prof. Wolf Carius, auch Mitglied der Fluglärmkommission, hat die Klage sogar angekündigt. Nein, stört uns nicht welche Folgen die Genehmigung hat und haben kann, so die Haltung der Landesregierung. Wir brauchen sensationshungrige Zuschauer um die sachlich überflüssige ILA als PR-Veranstaltung subventionieren zu können. Dafür ist Kriegsspiel mit Kampfjets doch bestens geeignet.

Es kam wie es kommen musste. Das Verwaltungsgericht Cottbus hat die Genehmigung zunichte gemacht. Die Begründung ist nicht nur eine Ohrfeige, sondern eine Belehrung über Pflichten zur Einhaltung von Grundrechten und Luftverkehrsrechten und der öffentlichen Sicherheit. Damit der Beweis, dass die Landesregierung wiederum versuchte, ihre politischen Interessen mit rechtswidrigen Mitteln durchzusetzen. Dazu dann kein Kommentar, keine Verurteilung durch die Parteien oder Abgeordnete. Gleiche Brüder, gleiche Kappen kann ich da nur sagen. Nur Glück, dass eine willige Presse lieber PR für die Flugshows gemacht hat als ihre eigentliche Funktion wahrzunehmen. Viele unserer Mitglieder vergleichen darum das System mit der Nationalen Front bei Gleichschaltung der Medien als deren Hofberichterstatler.

Der Gipfel war dann am 28.05.08 der „Besuch“ eines Brandenburger Kriminalbeamten in der Wohnung von Prof. Carius. Ohne richterliche Genehmigung, ohne irgendeine Anzeige, ohne Gefahr im Verzug wollte er den nicht anwesenden Prof. Carius vernehmen. Seine über 60 jährige Gattin war dem Zusammenbruch nahe. Unter Hinterlassung seiner Handynummer forderte er dann, dass Prof. Carius ihn sofort nach Ankunft anrufen muss. Dies geschah um 12:25 Uhr. 12:30 Uhr stand er vor der Haustüre (offensichtlich nach Observation des Hauses) und begehrte Einlass zur Befragung/Vernehmung. Er wolle von Carius wissen, wer sind seine Hintermänner, haben er oder die Hintermänner weitere Aktionen geplant, wisse er etwas von geplanten Demonstrationen usw. Begründung: Eine Störung der ILA dürfe nicht zugelassen werden. D. h., der Mann hat in Auftrag gehandelt. Solche Aufträge erteilen aber nur Feinde des Rechtsstaates.

Christoph, dies ist ein weiterer Beweis, nach Hausdurchsuchungen, martialischen Auftritten der Polizei, Anzeigen wegen angeblicher Verstöße gegen das Versammlungsrecht, dafür, dass Brandenburg ein Polizeistaat ist, der sich von unseligen Zeiten nur durch etwas subtilere Methoden unterscheidet. Ihr, nicht ein paar verrückte Rechte, macht den Rechtsstaat kaputt. Niemand, der das Vorgehen eurer Regierung gegen den BVBB und die Rücksichtslosigkeit gegenüber den Betroffenen kennt, ist da anderer Auffassung. Dabei hat sich der BVBB noch nie ein Verschulden erlaubt, das Unrecht, auch im Sinne der Gesetze, gewesen wäre. Nicht wir sind Staatsfeinde, die der Demokratie und dem Rechtsstaat Schaden zufügen. Ausweislich ihres Verhaltens sitzen Staatsfeinde in höchsten Stellen der Politik.

Eigentlich hätte man bei einem Fehltritt dieser Art eine Entschuldigung mit Zusage zukünftiger Unterlassung gegenüber Prof. Carius erwarten können. Ich selber habe für mich, wenn ich selber von Polizeistaatsmethoden betroffen war, so etwas nicht erwartet. Ich traue den hierfür Verantwortlichen noch nicht einmal den gebührenden Anstand oder Mut zu.

Mit diesem Brief will ich Dir auch signalisieren, dass ich keine Möglichkeit mehr sehe, Deinen, wie auch immer motivierten Einsatz als glaubwürdig und wirkungsvoll darzustellen. Trotzdem Danke für manche Hilfe!

Dein Ferdi“

Wir fügen noch hinzu: Obwohl in Kenntnis total überzogener Einsätze der Brandenburger Polizei gegen BVBB-Demonstranten bzw. Demonstrationen, hat Schulze im Einzelfall gegenüber dem BVBB große Worte verkündet. Nur, ein Einsatz, um das brutale Auftreten der Polizei zu unterbinden, der fehlte. So war der BVBB im Einzelfall gezwungen, das Demonstrationsrecht mit Richtern durchzusetzen, das Land Brandenburg zu verklagen und Prozesse zu führen. Erfolgreich hat der BVBB so durch Gerichtsentscheidung des Verwaltungsgerichtes Frankfurt/Oder durchgesetzt, dass die Polizei nur bei sichtbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit noch Videoaufnahmen von BVBB-Demonstranten machen darf und dass sich die Polizei durch Erklärung vor Gericht entschuldigen musste für unangemessene Härte im Auftritt gegenüber Demonstranten.

Wir halten es für unsere Pflicht den Lesern die INFO über Tatsachen und Wahrheiten zu informieren. Sie haben ein Recht darauf auch die „Geschichte hinter der Geschichte“ zu kennen. Denn, in aller Regel werden sie durch die MAZ-Zossen nur unvollständig oder gar nicht so informiert, dass sie die Wahrheit kennen und sich darum auch nicht selber ein Urteil bilden zu können. Wenn Sie bis hier gelesen haben, werden Sie uns nicht widersprechen können. Wenn „Ja“ lassen Sie uns dies Wissen, schreiben Sie uns.

**SO MIT UNS
NICHT**